

Niederschrift

**über die 4. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
Donnerstag, 02.12.2010 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 IIa der Satzung für das Jugendamt

Frau Sabine Kittel	BA/CDf
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Hendrik Döpper	FDP
Frau Gabriele Lewe	BA/CDf
Frau Anne Gronemeyer	Bündnis90/Die Grünen
Frau Angelica Niederquell	dUH

Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Frau Gabriele Amthor	Kinderschutzbund
Herr Hans Delcuve	ev. Kinderheim e.V.
Frau Elisabeth Knebel	AWO
Frau Anne-Margarete Pütz	kath. Kirche
Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Wannhof	KJG

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale
Herr Monsignore Ulrich Hennes	kath. Kirche
Frau Petra Hörauf	Arbeitsagentur
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld
Frau Dagmar Potschien	Ferd.-Lieven-Schule
Herr Karl-Heinz Rädisch	Helmholtz-Gymnasium
Frau Kriminaloberkommissarin Ilka Steffens	Polizei

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Noosha Aubel
Herr Ulrich Brakemeier
Herr Roman Kaltenpoth
Herr Dirk Schatte
Frau Birgit Schimang
Herr Friedhelm Topp
Frau Jugendhilfeplanerin Stefanie Walder

Beiräte

Frau Helga Bruch Behindertenbeirat

Gäste

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Bericht Jugendschutz Alkoholtestkäufe | WP 09-14 SV
51/070 |
| 3 | Bericht zum Aufgabenbereich Beistandschaften, Amtsvormund-
schaften, Beurkundungen | WP 09-14 SV
51/079 |
| 4 | Änderung der Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege
gem. §§ 22 ff SGB VIII | WP 09-14 SV
51/073 |
| 5 | Bildungsbericht Hilden 2010 | WP 09-14 SV
51/074 |
| 6 | Kinder- und Jugendförderplan 2010-2014 | WP 09-14 SV
51/078 |
| 7 | Familienbericht - Maßnahmenpapier zur Umsetzung der Hand-
lungsempfehlungen | WP 09-14 SV
51/069 |
| 8 | Anträge der Ratsfraktionen FL- Freie Liberale und der FDP zur
Thematik Schutzhütte Kalstert | WP 09-14 SV
51/067 |
| 9 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 10 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Hans-Werner Schneller eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung, sowie den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

1) Der Vorsitzende begrüßte den neuen Leiter der Psychologischen Beratungsstelle, Herrn Friedhelm Topp, der im Juli die Nachfolge von Dr. Mühlen angetreten hatte. Hierauf stellte Herr Topp sich kurz selbst vor.

2) Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung und erteilte dem Jugendparlament das Wort. Zaynah Minden und Farah Abdour berichteten über die erfolgreichen Neuwahlen, die kürzlich stattgefunden haben. Das neue Jugendparlament wird sich in seinen Arbeitskreisen unter anderem mit dem Speed Debating, einem Anti Discrimination Day, der Satzung und mit der Einarbeitung in die verschiedenen kommunalpolitischen Bereiche (Funktion des Jugendhilfeausschusses, etc.) beschäftigen.

Hervorgehoben wurde noch einmal das Speed Debating. Aufgrund des Erfolges wird es in naher Zukunft zwei weitere Speed Debatings geben (Helmholtz Gymnasium und Wilhelm-Fabry-Realschule). Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die am letzten Speed Debating teilgenommen hatten, bestätigten an dieser Stelle den Erfolg des Projektes.

Abschließend dankten die beiden Jugendparlamentarierinnen ihrer pädagogischen Bezugsperson von der Jugendförderung, Andrea Nowak, für deren Unterstützung bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes.

Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

1 Befangenheitserklärungen

Es gab keine Befangenheitserklärungen.

2 Bericht Jugendschutz Alkoholtestkäufe

WP 09-14 SV
51/070

Frau Lewé fragte, wie die zwei Einsprüche gegen das Bußgeldverfahren bei einer solchen Eindeu-

tigkeit der Sachlage überhaupt zustande kommen könnten.

Frau Aubel antwortete für die Verwaltung, dass die Verfahren liefen und deshalb diese Frage zu diesem Zeitpunkt nur mit der Mutmaßung beantwortet werden könne, dass sich die Betroffenen ungerecht behandelt fühlten.

Frau Kittel begrüßte die Jugendschutzmaßnahme sehr. Sie zeigte sich erstaunt über die Leichtigkeit, mit der Minderjährige an Alkohol und Zigaretten kommen könnten, wenn sie wollten. Um die Sensibilität der Verkäufer und der Bevölkerung zu stärken, sei es wichtig, dass dieses Projekt fortgeführt werde.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Jugendschutzaktion „Alkoholtestkäufe“ zur Kenntnis.

3	Bericht zum Aufgabenbereich Beistandschaften, Amtsvormundschaften, Beurkundungen	WP 09-14 SV 51/079
---	--	-----------------------

Frau Niederquell fragte zum besseren Verständnis, ob die auf Seite 7 ausgewiesene Summe von 874.684,07 € auch städtische Gelder beinhalte.

Frau Schimang antwortete für die Verwaltung, dass diese Summe über die Beistandschaften eingezogen worden sei, die Gelder also von der Stadt nur weitergeleitet würden. Es handele sich somit nicht um städtische Gelder.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Aufgabenbereich Beistandschaften, Amtsvormundschaften, Beurkundungen zur Kenntnis.

4	Änderung der Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege gem. §§ 22 ff SGB VIII	WP 09-14 SV 51/073
---	--	-----------------------

Frau Niederquell fragte, ob es sich bei der Summe von 152.500 € für ca. 22 Kinder (Seite 5), um einen Rechenfehler handle, da diese Zahl sich aus dem Abschnitt nicht errechnen ließe.

Frau Aubel antwortete für die Verwaltung, dass es sich um keinen Rechenfehler handeln würde. Die Summe ließe sich nicht 1 zu 1 auf die Anzahl der Kinder umlegen; da auch weitere Erhöhungen eingeflossen seien.

Frau Niederquell wies weiterhin darauf hin, dass der Hinweis unter der Tabelle auf Seite 7 („Stand 01.01.2010“) fehlerhaft sein müsse, da sich sonst eine Falldifferenz von 21 von einem Tag auf den anderen nicht erklären ließe.

Frau Aubel und Frau Schimang von der Verwaltung räumten ein, dass hier ein Tippfehler abgedruckt sei, der umgehend geändert würde. Gemeint sei der **01.10.2010**.

Auf die Anfrage von Herr Delcuve, ob es in Hilden genügend Interessierte für Tagespflegestellen gebe, erklärte Frau Schimang für die Verwaltung, dass die Tendenz, sich zur Tagespflegeperson

qualifizieren zu lassen, steigend sei.

Frau Kittel fragte an, ob es richtig sei, dass Eltern zu dem veranschlagten Satz der Stadt für Tagespflegepersonen einen privaten Aufschlag an diese zahlen würden. Frau Schimang antwortete für die Verwaltung, dass dies in der Vergangenheit vorgekommen sei. Um Ungleichbehandlungen auszuschließen und der aktuellen Rechtsauffassung Rechnung zu tragen, wurde dies für die Zukunft durch Anpassung der Richtlinien, ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Änderung der Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege der Stadt Hilden für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege im Stadtgebiet Hilden in der als Anlage beigefügten Fassung. Die Richtlinien treten zum 01.01.2011 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 14 Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Brakemeier fasste in einem kurzen Vortrag die wesentlichen Entwicklungen aus einem Jahr Bildungsnetzwerk zusammen und stellte die aktuellen sowie zukünftigen Herausforderungen für das Bildungsnetzwerk dar. Die Tischvorlage zu seinem Vortrag und die PowerPointPräsentation sind der Niederschrift beigefügt.

Herr Bosbach dankte für das Engagement und die ausgezeichneten Ergebnisse. Im Modul zum Übergang Schule/Beruf erkundigte er sich nach Möglichkeiten, den Arbeitsbereich der Kompetenz-Agentur zu kompensieren, wenn diese nicht mehr sei.

Herr Gatzke antwortete für die Verwaltung, dass das Schicksal der Kompetenz-Agentur erst noch entschieden würde. Sollte diese Institution nicht weiter bestehen bleiben, müsse deren Beitrag auf die vorhandenen Netzwerke übertragen werden.

Frau Gronemeyer dankte der Verwaltung für dieses „grandiose Werk“ und würdigte die Arbeit, die hinter dem Bildungsnetzwerk steckt. Das Netzwerk habe wegweisenden Charakter für andere Städte und trage außerdem dazu bei, die Effizienz der eigenen Arbeit zu erhöhen. In Zeiten knapper Kassen sei dies ein wichtiger Aspekt.

Frau Niederquell bat um eine Erklärung, wie sie sich die auf Seite 40 des Bildungsberichtes erwähnte Neuausrichtung des Bildungsfonds vorstellen könne.

Herr Brakemeier antwortete für die Verwaltung, dass der Bildungsfonds bereits in einer handhabbaren Form bestehe. Von den dort hinterlegten Geldern seien 3000,- € bis dato verausgabt. Diese Form der Unterstützung müsse in nächster Zukunft mit den Vorstellungen und Maßnahmen des Bundesministeriums bezüglich der Bildungsgutscheine und anderer Unterstützungsmaßnahmen für die Kinder von Geringverdienern abgestimmt und zusammengeführt werden.

Frau Kittel lobte die Verwaltung für ihre gute Arbeit an einem tollen Projekt und plädierte für die weitere Stärkung innerstädtischer Vernetzung.

Herr Burchartz lobte das hervorragende Werk.

Herr Wagner erläuterte ein positives Beispiel dafür, dass das Bildungsnetzwerk auch in der Praxis funktioniert. Er habe in der Drogenberatungsstelle sehr viele Anfragen von Schulen zum Thema Armut, Sucht, etc. Dies führe er auf die positiven Effekte des Netzerkausbau zurück.

Herr Gatzke dankte im Namen der Verwaltung für die große Anerkennung und Wertschätzung der Ausschussmitglieder. Dies zeige einmal mehr, dass ein wichtiger Weg rechtzeitig eingeschlagen wurde. Obwohl die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Bildungssektor auch schon mal zu Hemmnissen führten, sei man durch die gute Netzwerkarbeit insgesamt viel effizienter geworden.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis und beschließt die im Bericht dargestellten Planungen des Bildungsnetzwerkes für 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit 14 Stimmen beschlossen bei 1 Enthaltung.

Herr Döpper dankte der Verwaltung für eine durch die Ausrichtung des Kinder- und Jugendförderplanes auf die Jahre 2010-2014 langfristige Planungsperspektive in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Auf die Frage von Herrn Döpper, warum die Betriebskostenzuschüsse für das Jugendzentrum Area51 auf Seite 82 nicht angegeben seien, antwortete Herr Kaltenpoth für die Verwaltung, dass die Zahl selbstverständlich nachgetragen werde; sie sei im Überarbeitungsprozess der verschiedenen Versionen schlichtweg verloren gegangen.

Herr Delcuve fragte nach dem Sinn des unlesbaren Vorwortes.

Herr Kaltenpoth antwortete für die Verwaltung, dass jenes Vorwort noch geschrieben werden müsse und nicht mitbeschlossen werde; da die Autorinnen und Autoren dort textliche Freiheit hätten.

Herr Wannhof dankte im Namen der KJG für die Berücksichtigung und ausführliche Einarbeitungen der Änderungswünsche nach der ersten Lesung.

Herr Döpper bat um die Ausschreibung der Abkürzungen auf Seite 20, da diese nicht selbsterklärend seien. Herr Kaltenpoth antwortete für die Verwaltung, dass diesem Wunsch gerne nachgekommen werde.

Zu den zentralen Planungsempfehlungen auf der Seite 32 stellte sich die Frage nach den finanziellen Auswirkungen. Frau Aubel nahm Stellung für die Verwaltung: Ob ein Mehrkostenbeitrag für 2011 zu erwarten sei, könne nicht vorhergesagt werden, zum Zeitpunkt der Auflage dieses Kinder- und Jugendförderplanes sei kein Betrag geplant worden. Die meisten ergänzenden Maßnahmenempfehlungen könnten ohne zusätzlichen Mitteleinsatz realisiert werden. In erster Linie ginge es darum, das finanzielle Niveau zu halten und mit dem diesjährigen Haushaltsansatz (2010) zu korrespondieren.

Frau Gronemeyer gab zu bedenken, das nicht alle guten Dinge ohne Geld besser werden könnten. Sie verwies zu diesem Thema auf die Argumentationslinie zur Kinder- und Jugendarbeit im *Ausblick* des vorliegenden Kinder- und Jugendförderplans (Seite 40).

Herr Delcuve fragte, wie die auf Seite 36 im Vergleich zu anderen Jugendhäusern sehr kleine Summe des Zuschusses für die Jugendarbeit des SV Hilden Ost zustande käme.

Herr Schneller antwortete für die Verwaltung, dass diese Vereinbarung auf Basis der Mittel getroffen sei und ein Mehrbedarf in diesem Zusammenhang nicht bekannt sei. Herr Gatzke ergänzte dies mit der Erklärung, dass die veranschlagten Gelder für die Jugendarbeit ursprünglich an den größeren Zuschuss für die Errichtung des Vereinsheimes SV Hilden Ost mit der Auflage Jugendarbeit gekoppelt gewesen seien. Die Frist der damaligen Verträge laufe demnächst aus; dann würde man von Seiten der Verwaltung mit einem neuen Konzept wieder auf den JHA zukommen.

Auf Verständnisfragen zur begrifflichen Abgrenzung der Aufsuchenden Jugendarbeit / Mobilen Jugendarbeit auf Seite 23, erklärte Herr Kaltenpoth, es handele sich keinesfalls um Streetwork, sondern tatsächlich um Aufsuchende Jugendarbeit, da es im Berufsalltag der Protagonisten mehr um Gruppen, bzw. Cliquenarbeit ginge und weniger um die klassische, dem Gedanken des Streetworks innewohnende Einzelfallhilfe.

Monsignore Hennes vermisste in der Aufzählung der Jugendverbände auf Seite 15 den Verband St Georg. Herr Kaltenpoth erwiderte für die Verwaltung, der Verband sei erst seit letztem Jahr bekannt und deshalb noch nicht als bedeutsam einzustufen.

Herr Burchartz fragte nach dem Verbleib des Zuschusses der auf Seite 15 erwähnten Antidrogen-disco des Veranstalters Carnivals-Club-Hilden in 2010. Herr Kaltenpoth erläuterte für die Verwaltung, das es die Antidrogendisco nicht mehr gebe und sie von Seiten der Jugendförderung auch keine Unterstützung mehr bekommen würde, da einer der Hauptsponsoren für die Veranstaltungen vergangener Jahre ausgerechnet ein Bierlieferant gewesen sei.

Frau Gronemeyer fragte nach dem Stand der Jugendarbeit im Hildener Westen.

Frau Aubel antwortete für die Verwaltung, das im Westen nach wie vor keine Jugendfreizeiteinrichtung oder ähnliches geplant sei. Die wenigen Jugendlichen im Stadtteil fänden aber ihren Weg in die Innenstadt. Herr Kaltenpoth ergänzte dies mit dem Hinweis auf zumindest eine BMX-Bahn im Hildener Westen und die vermehrte Aufmerksamkeit der Aufsuchenden Jugendarbeit für den Stadtteil. So gebe es hier zwar kein fest stehendes Gebäude, dennoch aber mobile Jugendarbeit zu verzeichnen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Kinder- und Jugendförderplan für den Zeitraum 2010-2014.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Herr Döpfer dankte der Verwaltung für die zeitnahe Reaktion auf den Familienbericht.

Herr Bosbach zeigte sich froh über das vorliegende Papier, bemerkte jedoch gleichzeitig, bei den Haushaltsplanberatungen genau hinschauen zu müssen, da man bei diesem breiten Spektrum an Themen für eine familienfreundliche Stadt gespannt sein dürfe, wie viel welche Maßnahme kosten werde.

Frau Kittel verwies ebenfalls darauf, dass gerade wenn es um die Umsetzung eines Familienbüros und um weitergehende Personalkosten ginge, auf die Kosten geschaut werden müsse.

Frau Aubel antwortete für die Verwaltung, dass die Kosten für solche Maßnahmen, vor allem auch die Personalkosten, durch interne Verschiebungen gestemmt werden könnten. Die ersten Schritte seien sicherlich durch Bordmittel finanzierbar. Herr Gatzke bestärkte dies durch die Aussage, es werde keine bösen Überraschungen in den Haushaltsplanberatungen geben. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran, dass der Auftrag für einen Familienbericht mit seinen aktuellen Konsequenzen vom JHA auf den Weg gebracht wurde. Familienfreundlichkeit müsse als Querschnittsaufgabe in der Stadt wahrgenommen werden. Hierzu solle sich auch der Rat eindeutig positionieren.

Frau Lewe wies darauf hin, dass die Institution der Familienbüros in anderen Städten, gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, als sehr positiv angenommen werde.

Herr Burchartz (Gast der Freien Liberalen) unterstrich die Notwendigkeit, das Thema Familienfreundlichkeit und die damit verbundenen Folgen auch im Rat auf den Weg zu bringen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Familienberichtes grundsätzlich zu. Er beauftragt die Verwaltung die einzelnen vorgeschlagenen Konzeptionen zu entwickeln und dem JHA zu weiterer Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Konzeption zur übergeordneten Handlungsempfehlung wird dem Jugendhilfeausschuss am 02.03.2011 und dem Rat in seiner Sitzung am 06.04.2011 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit 14 Stimmen beschlossen bei 1 Enthaltung

8 Anträge der Ratsfraktionen FL- Freie Liberale und der FDP zur
Thematik Schutzhütte Kalstert

WP 09-14 SV
51/067

Vor Beginn der Diskussion zur Thematik Schutzhütte/Pavillon Kalstert gab Frau Aubel drei aktuelle Hinweise:

1) In Punkt 5 des Änderungsantrages der FDP vom 09.11.2010 wird die Verwaltung gebeten, die Kreispolizeibehörde zu bitten, in den frühen Morgenstunden, gerade an den Wochenenden die Polizeipräsenz zu verstärken.

Diesem Wunsch ist laut Herrn Busch von der Polizei leider nicht nachzukommen; zusätzliche Streifenfahrten sind nicht realisierbar. Wichtig wäre, dass die Bevölkerung sich bei der Polizei meldet, wenn es zum Beispiel um Alkohol am Steuer geht, darauf könne die Polizei dann gezielt reagieren.

2) Frau Konnerth von der Grundschule Kalstert zeigte sich zu dem Vorschlag der Errichtung eines Zaunes um die Grundschule skeptisch, da sie befürchtet, dass dieser wohlmöglich eher noch als sportliche Herausforderung gesehen werde.

3) als positiv zu vermelden ist eine aktuelle und erfolgreiche Aufräumaktion auf Initiative des mobilen Jugendarbeiters Herrn Thelen von der Jugendförderung mit Jugendlichen rund um die Schutzhütte im Hildener Osten. Dies sei ein Indiz für die Wichtigkeit einer konstanten Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort.

An diesen Wortbeitrag anschließend gab es eine umfassende Diskussion über das Für und Wider eines Zaunes auf dem Grundstück, über Sinn und Standort des Pavillons, über unterschiedliche Interessenlagen der Anwohner, der Bildungseinrichtungen und der Jugendlichen vor Ort und über die grundsätzliche Ausgestaltung der Jugendarbeit im Hildener Osten.

Der Vorsitzende Herr Schneller rundete die Diskussion mit drei einvernehmlich begrüßten Beschlussvorschlägen zu diesem Tagesordnungspunkt ab.

Beschlussvorschlag:

1) Die Verwaltung wird beauftragt, den Pavillon durch einen neuen zu ersetzen oder in vernünftiger Art und Weise den vorhandenen Pavillon instand zu setzen. Es sind ausreichend Mülleimer aufzustellen und eine Möglichkeit der Entsorgung von Asche und Zigarettenkippen zu schaffen.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, einen möglichen Standortwechsel für die Schutzhütte am Kalstert zu prüfen.

3) Über die Errichtung eines Zaunes wird abgestimmt: Die Verwaltung wird mit der Errichtung eines Zaunes laut Plan beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1) Einstimmig beschlossen bei 13 Stimmen und 2 Enthaltungen.

Zu 2) Einstimmig beschlossen.

Zu 3) Einstimmig abgelehnt bei 13 Stimmen und 2 Enthaltungen.

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Schimang gab bekannt, dass im Neubau der Kindertagesstätte *die Arche* die ersten Kinder aufgenommen werden konnten. Die offizielle Einweihungsfeier steht Ende Januar 2011 bevor.

Herr Kaltenpoth eröffnete dem Ausschuss, dass es in 2011 insgesamt 6 Abenteuersommer statt bisher 3 geben werde. Diese seien wie üblich die Sommerferien über auf alle Stadtteile verteilt, dabei würden jeweils 2 14tägige Abenteuersommerfreizeiten in 2 Stadtteilen parallel stattfinden. Angedacht ist eine Trennung der Altersgruppen auf 6-10 Jahre und 9-12 Jahre.

Herr Döpfer reichte 2 Anträge der FDP-Fraktion ein, betreffend:

- 1) Förderung der Jugendarbeit im Hildener Osten
- 2) Verbreitung von Freizeitmöglichkeiten in Hilden

Beide Anträge sind der Niederschrift beigelegt.

Frau Kittel formulierte eine Anfrage an die Redaktion des Elternbegleitbuches: In dem Elternbegleitbuch, welches jedem Elternpaar als Ratgeber zur Geburt Ihres Kindes von der Stadt Hilden überreicht wird finden sich viele Adressen als Anlaufstellen. Bei genauer Durchsicht ist jedoch aufgefallen, dass es keinerlei Hinweise für konfessionelle Belange gibt. Die CDU-Fraktion regt daher an, die Adressen der Kirchen- und Glaubensgemeinschaften mit aufzunehmen.

Frau Aubel erklärt, dass dies bei einer Neuauflage geschehen kann.

Herr Böhm stellte im Namen der SPD Fraktion eine Anfrage zu der im Jahresbericht der Trennungs- und Scheidungsberatung der AG Wohlfahrt erbetenen zusätzlichen halben Stelle.

Die Anfrage ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Aubel beantwortete die Anfrage in der Sitzung dahingehend, dass derzeit Gespräche mit der AG Wohlfahrt geführt würden. Dem Ausschuss werde zu seiner Sitzung am 2. März eine diesbezügliche Vorlage vorgelegt werden.

Um 18:40 Uhr wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Jugendhilfeplanerin Stefanie Walder
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister